

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 206 B

BERLIN • Freitaq, den 2. September 1932

1. JAHRGANG

Hitler oder Hindenburg?

Politische Machtkämpfe als Verfassungskampf auffrisiert.

W—er. Der bekannte Publizist Paul Rohrbach, der schon vor dem Kriege ein Nationalist vom Schlage der heutigen Nazis war, wenn auch nicht ganz so robuster Art, hat einen Brief veröffentlicht, den er an Brüning geschrieben hat. In diesem Brief heißt es u. a.:

„Hochverehrter Herr Dr. Brüning! Ich war erschüttert, als ich erfuhr: Nach Hitlers Ultimatum an die Reichsregierung und seiner Solidaritätserklärung mit der Tat und der Gesinnung von Beuthen hätten Sie Koalitionsverhandlungen mit nationalsozialistischen Führern gepflogen... Die nationalsozialistische Bewegung ist eins und die nationalsozialistische Partei ist etwas anderes. Adolf Hitler hat keine Gewalt und Zucht mehr über seine Führer und Unterführer und über die Hunderttausende ungeduldiger Empfänger nicht-erfüllter Versprechen. Die Partei wird erst reif werden für die Verantwortung, wenn sie nach einem neuen Wahlkampf numerisch schwächer und moralisch stärker geworden ist... Darum müssen Sie uns Farbe bekennen in dem Kampf, der heute ausgefochten wird: für Hitler oder für Hindenburg!“

Auf diesen Brief hat Brüning folgende interessante Antwort gegeben:

„Sehr verehrter Herr Dr. Rohrbach! Seit Wochen bin ich von Persönlichkeiten, die nicht meiner Partei angehören, gebeten worden, eine Aussprache mit nationalsozialistischen Führern nicht abzulehnen. Ich habe mich zu einer solchen Aussprache nicht entschließen können, solange Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und der Regierung schwebten, um diese Verhandlungen nicht zu stören. Nachdem aber, wie von einsichtigen Politikern gleich bei der Auflösung des Reichstags klar vorausgesehen wurde, die Regierung nachträglich zu einer Einigung mit der NSDAP nicht gekommen ist, habe ich auf erneute Bitten patriotisch denkender Männer, die mit Parteiwesen nichts zu tun haben, mich zu einer Führungnahme bereiterklärt.

Diese Aussprache sollte der Feststellung dienen, ob überhaupt eine Möglichkeit zur Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung vorhanden sei. Das zu versuchen, war für mich auch Gewissenspflicht. Heute wie früher fühle ich mich all denen gegenüber, die den Reichspräsidenten gewählt haben, verpflichtet, alles daranzusetzen, die Autorität des Herrn Reichspräsidenten zu festigen und das Betreten eines nicht-verfassungsmäßigen Weges abzuwenden.

In der Verurteilung der Beuthener Vorgänge stimme ich mit Ihnen völlig überein, ebenso wie in der Verurteilung der Äußerungen des Herrn Hitler zu diesen Vorfällen. Wenn Sie trotzdem Bedenken äußern, daß ich eine Aussprache mit Führern der nationalsozialistischen Partei gehabt habe, so werden Sie inzwischen aus der Zeitung entnommen haben, daß auch die Reichsregierung nach diesen Äußerungen des Herrn Hitler es nicht ablehnt, mit ihm zu verhandeln... In ausgezeichnete Hochachtung

gez.: Dr. Brüning, M. d. R.“

An dieser Antwort ist neben der Tatsache, daß viele nationale Männer Herrn Brüning aufgefordert haben, mit den Nationalsozialisten zu sprechen, besonders wichtig, daß Brüning sich verpflichtet gefühlt habe, „die Autorität des Herrn Reichspräsidenten zu festigen und das Betreten eines nicht-verfassungsmäßigen Weges“ abzuwenden.

Wenn Hindenburg einen Verfassungsbruch beginge, so wäre das selbstverständlich für Herrn Dr. Brüning's Politik das Todesurteil; denn seine öffentlich-politische Tätigkeit als Reichskanzler, vor allem seine Agitation für die Wiederwahl Hindenburgs, war gerade auf der Behauptung aufgebaut, daß

Hindenburg der stärkste Garant für die Einhaltung der deutschen Reichsverfassung sei.

Es liegt also zum Teil im persönlichen Interesse des Politikers Brüning, Hindenburg am „Betreten eines nicht-verfassungsmäßigen Weges“ zu hindern. Die Bemühungen des Zentrums in dieser Hinsicht sind bekannt: Eine Koalition mit den Nationalsozialisten verfügt im Reichstag über die verfassungsmäßig notwendige Mehrheit zur Regierungsbildung.

Brüning's Antwort ist im übrigen natürlich zurückhaltend; er gibt selbstverständlich auf die Frage: Für Hitler oder Hindenburg? keine eindeutige Antwort; denn genau genommen heißt die Parole für diesen katholischen Politiker:

Für das Zentrum! Und insofern gegen alles andere.

Sein fanatisches Eintreten für Hindenburg hatte seinerzeit sicher den Zweck, die für die Tätigkeit seiner Partei notwendige Aufrechterhaltung der Weimarer Reichsverfassung

zu sichern. Deshalb sein damaliger Kampf gegen Hitler. Da Hindenburg jetzt aus der Reihe tanzt, heißt die augenblickliche Parole: Mit Hitler gegen Hindenburg. Wir deuteten bereits neulich an, daß wir es nicht für ausgeschlossen halten, daß dieser Kampf gegen Hindenburg unter Umständen bis zu dem Sturz des Reichspräsidenten mit Hilfe des Zentrums anwachsen könne. Die Bundesgenossenschaft der beiden vor kurzem noch so feindlichen Brüder scheint sich inzwischen vertieft zu haben. Herr Göring, der neue Reichstagspräsident, hat sogar den Antrag eines Deutschnationalen, die schwarzrotgoldene Fahne aus den Wandelhallen des Reichstags zu entfernen, mit der für einen Nazi ungewohnten Zurückhaltung beantwortet, er hätte dazu keine Veranlassung. Er ist also offenbar von der „Verfassungsliebe“ des Zentrums inzwischen infiziert worden.

AUS DEM INHALT:
Lebensverhältnisse in der Sowjet-Union.
Deutsche Denkschrift über die Reichswehr.
Berlin—Essen—Berlin.
Sondergerichtsurteile am laufenden Band.

bei der sie nicht profitieren, als die Gralshüter der Weimarer Verfassung hinzustellen. Daß die Nationalsozialisten die Weimarer Verfassung in der Regel nur als einen Bierkuck betrachten, ist bekannt. Weniger bekannt, aber nicht weniger inter-

Die „Nationalen“ gegen die „Nationale Mehrheit“.

Der Pressechef der Deutschnationalen Volkspartei, Brosius, veröffentlicht in den Mitteilungen dieser Partei einen Artikel zur jüngsten politischen Lage. Er sagt darin u. a.:

Selbstverständlich hätte der deutschnationale Vizepräsident Graef den Besuch beim Reichspräsidenten als Antrittsbesuch des Präsidiums mitgemacht. Er wäre aber — und zwar im ausdrücklichen Einvernehmen mit der deutschnationalen Reichstagsfraktion — jedem Versuch Görings entgegengetreten, darüber hinaus dem Reichspräsidenten politische Ansichten aufzudrängen. Graf wird auch bei dem bevorstehenden Besuch des Präsidiums, der nun wohl nach dem Willen des Reichspräsidenten in Berlin stattfinden wird — wenn es durch die Haltung der anderen Mitglieder des Präsidiums notwendig werden sollte —, zum Ausdruck bringen, daß die Deutschnationalen nicht der Auffassung des Herrn Göring sind, daß der jetzige Reichstag eine „große arbeitsfähige nationale Mehrheit“ habe, und daß die Deutschnationalen deshalb keinen Schritt mitmachen würden, der von dem jetzigen System des Präsidialkabinetts auf das parlamentarische System zurückführt. Die Deutschnationalen hätten auch in der gestrigen Abstimmung im Preußischen Landtag ihrer Auffassung dadurch Ausdruck gegeben, daß sie gegen den Mißtrauensantrag der Nationalsozialisten gegen den Reichskommissar, den auch das Zentrum und die Linke mitmachten, gestimmt hätten.

Damit sagen der Herr Pressechef und die Deutschnationalen rund heraus, daß sie die Präsidialregierung, d. h. die Ignorierung des Parlaments durch Hindenburg, nicht für eine vorübergehende Maßnahme, auf Grund des Art. 48

der Reichsverfassung, halten, sondern für eine bereits gelungene „Revolution von oben“.

Die Zumutung, nachzuweisen, daß er nicht von der internationalen Rüstungsindustrie unterstützt werde, hat Hitler abgelehnt. Sie war an ihn vom Landgericht Hamburg gestellt worden in einem Prozeß Hitlers gegen das sozialdemokratische „Echo der Woche“, das Hitlers Unterstützung durch die internationale Rüstungsindustrie behauptet hatte. Hitlers Rechtsanwalt berief sich auf den anerkannten Rechtsgrundsatz, daß der Beleidiger den Beweis für seine Behauptungen anzutreten habe, nicht aber der Beleidigte den Beweis für die gegenteilige Behauptung. Das Hamburger Landgericht schloß sich in einer neuen Verhandlung diesem einleuchtenden Standpunkt an: dem „Echo der Woche“ wurde nahegelegt, nachzuweisen, daß Hitler von der internationalen Rüstungsindustrie unterstützt worden sei.

„Tägliche Rundschau“ als Edelnaziorgan.

Vom 1. September ab gilt die „Tägliche Rundschau“ als Tageszeitung des sogenannten „Tat“-Kreises. Als Herausgeber fungiert Hans Zehrer, vermutlich der Mann, der unter dem Namen Fried ein interessantes, wenn auch faschistisches Buch über „Das Ende des Kapitalismus“ geschrieben hat. Ein Gemisch von richtiger Beobachtung, Autarkie- und romantischem Volksbewußtseins-Fimmel. Etwa die Richtung, die während der Blüte der „Jungsozialisten“ als sogenannter Hofgeismar-Kreis ihr Unwesen trieb.

Für den gerüchtweise immer wieder erwähnten Kampf gegen Hindenburg erhält man neue Anhaltspunkte durch die Berufung des preußischen Pressedienstes der NSDAP auf die deutsche Reichsverfassung. Unter der Überschrift: „Außerst aktuelle Artikel der Weimarer Reichsverfassung“ druckt dieser Pressedienst den Artikel 59 der Reichsverfassung ab, der die näheren Umstände festlegt, unter denen der Reichstag berechtigt ist, Reichspräsidenten, Reichskanzler und die Reichsminister vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen, wenn sie schuldhafter Weise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzt haben. Der Aufsatz beruft sich ferner auf den Artikel 43 der Reichsverfassung, der von der Möglichkeit spricht, den Reichspräsidenten vor Ablauf seiner Amtszeit auf Antrag des Reichstages durch Volksabstimmung abzusetzen.

Selbstverständlich bleiben solche Drohungen auf Hindenburg nicht unter allen Umständen völlig wirkungslos. Es zeugt gewiß von einer nicht geringen Gerissenheit der NSDAP, aber auch des Zentrums, sich gerade in diesem Augenblick, wo viele ihrer eigenen parteipolitischen Wünsche erfüllt worden sind, und zwar durch Maßnahmen, über deren Verfassungsmäßigkeit jedenfalls auch in Kreisen gewiegter Staatsrechtslehrer durchaus nicht Einstimmigkeit herrscht — gerade in dieser Zeit, wo eine Verfassungsverletzung droht,

essant ist, daß auch das Zentrum durchaus Verständnis dafür aufgebracht hat, wenn die Verfassung etwas weitherzig ausgelegt wurde — vorausgesetzt, daß man dabei nicht gegen das Zentrum, sondern mit ihm ging. Als Brüning ans Ruder kam, nahm die „Kölnische Volkszeitung“ zu diesem Regierungswechsel Stellung. Sie wunderte sich damals (am 31. März 1930) darüber, daß

„es eingefleischte Ueberdemokraten wurmt, daß ein Kreis von Männern, die bei aller demokratischen Grundüberzeugung (!) Skeptiker einer überspitzten (!) Formaldemokratie sind, in kürzester Zeit das fertiggebracht hat, wozu die bisherigen Gralshüter des Parlamentarismus nicht imstande waren: nämlich dem deutschen Volke eine Regierung zu geben, die in sich wirklich das Zeug zum Regieren besitzt.“

Was zum Regieren gehört, erklärte die Zeitung deutlich, indem sie meinte, daß das Kabinett Brüning eine Regierung von Männern sei,

„die sich über das, was getan werden muß, unter sich (!) mit ihrem Führer Hindenburg abgesprochen haben und daher keiner Fraktion verantwortlich sind.“

Das ist wörtlich die Argumentation des Herrn von Papen, die jetzt plötzlich auch nach der Meinung der Zentrumsleute das „Betreten eines nicht verfassungsmäßigen Weges“ darstellt. Auch bei Herrn von Papen finden wir in seiner

Münsterschen Sonntagsrede noch die Erklärung, daß er die Rechtfertigung seines Wirkens von der

„zugleich autoritären und demokratischen Gewalt“

des Reichspräsidenten herleite. Seiner Zeit schrieb die „Kölnische Volkszeitung“: „Deshalb sehen wir in dem Kabinett Brüning den Aufbruch zu neuen Ufern.“

Die Berufung auf die Reichsverfassung bleibt also bei den beiden neuesten Koalitionsgenossen eine bloße Opportunitätserwägung. Darin trifft Pape n sicher ins Schwarze, wenn er jetzt in einem Aufsatz in bezug auf Nazis und Zentrum schreibt:

„Es liegt in der Natur solcher parteitaktischen Manöver, daß sie verschleiert und in der Öffentlichkeit abgelehnt werden. Das kann mich nicht hindern, offen vor solchen

Plänen zu warnen, bei denen es zunächst unerörtert bleiben mag, wer der Betrogene und wer der Betrüger ist — die aber bestimmt das deutsche Volk um die Hoffnung auf Besserung seiner Lage betrügen.“ Richtig! Ein Richter sagte dazu: „Zwei Freunde unter einen Hut; der dritte sie betrachten tut!“

Siegen wird bei dem angeblichen Streit um die Verfassung, der in Wirklichkeit ein Streit um die politische Macht ist, der Stärkste. Aber keiner von ihnen wird dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft in diesem Staat, dessen Verfassung unter der Hauptmitarbeit der Arbeiterführer zustandekam, Gerechtigkeit erfährt. Die Verfassung für einen Rechtsstaat wird erst dann geschrieben und beachtet werden, wenn die Arbeiterschaft sich geschlossen für dieses Ziel einsetzt. Auf diesem Wege hat sie noch manche Hindernisse zu überwinden, an deren Beseitigung wir arbeiten.

Eine deutsche Denkschrift über die Reichswehr.

Den beiden Presseäußerungen, mit denen Schleicher in dieser Woche die Frage der Gleichberechtigung wieder in den Vordergrund der politischen Diskussionen zu schieben suchte, ist von deutscher Seite ein amtlicher Schritt gefolgt. Am Dienstagabend hat der deutsche Außenminister von Neurath dem französischen Botschafter in Berlin eine Denkschrift über die Verfassung der Reichswehr überreicht. Diese Denkschrift ist noch am Mittwochabend in Herriots Hände gelangt, der versprochen hat, sie auf der Rückreise von den englischen Kanalseln gründlich zu studieren und sie dann am Donnerstag dem französischen Kabinettsrat vorzulegen. Ueberrascht sei er von dem neuen deutschen Schritt nicht.

Ueber den Inhalt der Denkschrift ist offiziell noch nichts bekannt. Nach Pressemeldungen knüpft sie an die in Genf und Lausanne geführten Besprechungen Brünings und Papes mit Tardieu und Herriot an, erneuert die Forderungen, die dort von den Deutschen gestellt und von den Franzosen — wenigstens vorläufig — zurückgewiesen worden sind. Wie es heißt, sind die folgenden zehn Forderungen genannt, die den von Schleicher in diesen Tagen geäußerten Umbauplänen genau entsprechen:

1. Eine Aenderung der bisherigen Statuten der Reichswehr, die sich auf der 12jährigen Dienstzeit aufbaut,
2. Einführung einer Militärdienstzeit, die ein Mittel zwischen der Militärdienstpflicht und der Dienstzeit eines Berufsheeres darstellt,
3. Schaffung eines Heeres von 300 000 Mann,
4. Wiederherstellung der schweren Artillerie und der Küstenartillerie,
5. die Schaffung eines Parks von Tanks,
6. Schaffung einer Militärfliegerei,
7. Einrichtung von Schulen zur Ausbildung von Militärfliegern,
8. Ausdehnung der Marine durch den Bau von Kreuzern, Panzerkreuzern und Unterseebooten,
9. Anlegung von Befestigungswerken,
10. Die Schaffung von 35 neuen Fabriken für die Herstellung von Kriegsmaterial.

Aus den Stimmen der französischen Presse, die im allgemeinen beunruhigt und drohend klingen, verdient die Stellungnahme des Herriot-Blattes „Ere Nouvelle“ besondere Bedeutung: Schleicher befindet sich schwer im Irrtum, wenn er glaube, daß er gegenüber Frankreich den gleichen Ton anschlagen könne wie gegenüber seinem eigenen Land. Wenn der demokratische Geist und die Liebe zur Freiheit in Deutschland gestorben seien, so treffe dies für Frankreich nicht zu. Deutschland dürfe nicht glauben, daß Frankreich sich ebenso manövrieren lasse, wie der Reichstag. Die Gleichberechtigung sei nur denjenigen zugedacht, die an eine Gerechtigkeit glauben, ihre Verpflichtungen achten und diesen Verpflichtungen den Vorrang vor der Gewalt einräumen. Die mißtrauische Berufung auf die gegenwärtigen innerpolitischen Vorgänge in Deutschland findet sich auch in anderen französischen Zeitungen. Man fragt sich offenbar, warum die Regierung gerade in diesem Augenblick, in dem sie durch ihr innenpolitisches Vorgehen das Mißtrauen des Auslandes erweckt hat, nun auch

noch diese außenpolitisch heikle Angelegenheit ins Rollen bringt. Von Deutschland aus gesehen ist die Antwort nicht schwer: Gerade wegen der innerpolitischen Schwierigkeiten mag Schleicher seine Wehrforderungen jetzt herausbringen, um sich damit innerhalb Deutschlands Sympathien zu sichern, die dem Kabinett durch seine Haltung gegenüber dem Parlament verloren gegangen sind.

Für Frankreich sind diese Ueberlegungen vielleicht verständlich, bringen aber Herriot nicht aus seinen Schwierigkeiten heraus: Soll er ablehnen und dann unter Umständen mit erhöhten Rüstungen auf den von Schleicher angekündigten eigenmächtigen „Umbau“ der deutschen Wehrmacht antworten? — Damit würde er sich die Sympathien der Linken verschmerzen. Oder soll er Deutschland entgegenkommen und damit den französischen Anspruch auf Sicherheit zurückstellen? — Das würde ihm vor allem die Rechte nicht verzeihen.

Ein entscheidendes Wort bei der Durchführung dieser Verhandlungen wird jedenfalls die Rüstungsindustrie sprechen.

Von seiten der deutschen Regierung werden eine Reihe der Meldungen, die die französische Presse über die deutsche Denkschrift verbreitet, dementiert. Es wird vor allem darauf hingewiesen, daß vereinbart worden sei, über die Unterredung zwischen Neurath und Poncet Stillschweigen zu bewahren. Die Franzosen hätten diese Verabredung gebrochen. Von zuständiger deutscher Stelle wird daraufhin die folgende Darstellung von dieser Unterredung und der im Anschluß daran überreichten Denkschrift gegeben:

Der französische Botschafter in Berlin, Francois Poncet, hatte am Montag dieser Woche eine Unterredung mit Reichsaußenminister von Neurath, bei der es sich um die in Genf mit Herriot verabredete Fortsetzung der Besprechung über die Gleichberechtigungsfrage handelte. Am Schluß der Unterredung ist dem französischen Botschafter, wie in solchen Fällen üblich, zur Vermeidung von Irrtümern eine Niederschrift der in dem Gespräch behandelten Gegenstände überreicht worden. Diese Niederschrift enthält die deutsche Stellungnahme zur Abrüstung überhaupt und zwar

1. Wird eine weitgehende allgemeine Abrüstung und

2. die deutsche Gleichberechtigung verlangt.

In der Unterredung ist also nicht im einzelnen der Umbau der Reichswehr, sondern lediglich der Grundsatz der Gleichberechtigung behandelt worden.

„Im wesentlichen“, „nicht im einzelnen“ — man kann nicht eagen, daß dieses Dementi zur Klarheit über den Inhalt der mysteriösen Denkschrift verhilft.

Herriot zu Gast bei den Engländern.

Herriot ist von dem Besuch auf den englischen Kanalseln nach Paris zurückgekehrt. Seine Besprechungen mit den englischen Ministern Samuel und Chamberlain werden vertraulich behandelt. Man vermutet, daß sich die Unterhaltung um die kommende Weltwirtschaftskonferenz gedreht hat; manche sagen, um die Völkerbundssitzung und ihre Probleme.

In drei Tagen Konferenz von Stresa.

Unter dem Vorsitz des früheren französischen Ministers George Bonnet tritt am 5. September in Stresa (Nord-Italien) die Mitteleuropäische Wirtschaftskonferenz zusammen. Das Lausanner Abkommen vom 9. Juli 1932 enthält in seinem III. Teil eine Entschlieung, die sich mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Südost-Europas befaßt. Auf Grund dieser Entschlieung ist ein Ausschuß eingesetzt worden, der dem Studienausschuß für die Europäische Union Maßnahmen zur Sanierung Mittel- und Südost-Europas vorschlagen soll. Dieser in Lausanne eingesetzte Ausschuß tritt jetzt zum ersten Mal in Stresa zusammen, um sich

1. mit Maßnahmen zur Ueberwindung der Transferschwierigkeiten und zur allmählichen Beseitigung der jetzigen Devisenbewirtschaftung und

2. mit Maßnahmen zur Förderung des Handels der südost-europäischen Staaten unter einander und mit den anderen Ländern zu beschäftigen.

An der Konferenz von Stresa nehmen teil: Deutschland, Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Frankreich, England, Griechenland, Ungarn, Italien, Holland, Polen, Rumänien, die Schweiz, die Tschechoslowakei und Jugoslawien. Jedes dieser Länder entsendet zwei Vertreter.

Der österreichische Bundeskanzler, Dr. Dollfuß, wird auf der am 19. September beginnenden Völkerbundstagung in Genf mit den Signatarmächten des Lausanner Abkommens über die Auslegung sprechen, die im Hauptausschuß des österreichischen Nationalrats den Formulierungen des Lausanner Protokolls gegeben worden sind. (Der wichtigste Punkt dieser Auslegung war die Forderung der Einstimmigkeit des Völkerbundsrats bei Entscheidungen, die — auf Grund des Protokolls — die Anschlussfrage betreffen.) Lassen sich die Signatarmächte auf diese Auslegung nicht ein, so muß im österreichischen Nationalrat das Abstimmungs spiel von Neuem beginnen; denn die Annahme der vom Hauptausschuß festgelegten Auslegung seitens der Signatarmächte war die Bedingung für die Zustimmung des Nationalrats.

Die spanische Republik gegen ihre Feinde.

Die spanische Regierung setzt die Verhaftungen von monarchistischen Verschwörern fort. In Madrid wurde der Herzog von Sevilla, ein Verwandter des Ex-Königs, und der Graf Villada verhaftet, in dessen Haus ein Waffenlager entdeckt worden ist. In Alicante ist der Superior des Franziskaner-Ordens im Zusammenhang mit dem monarchistischen Putsch verhaftet worden.

Die Regierung hat die Absetzung aller höheren Beamten veranlaßt, die im Verdacht stehen, monarchistisch gesinnt zu sein. Der Kammer ist außerdem ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, wonach Konsuln und Diplomaten jederzeit aus dem Dienst entlassen werden können.

Ein spanischer Bischof vom Staat suspendiert.

M. H. Der spanische Justizminister hat den Bischof von Segovia seines Amtes enthoben und ihm sein Gehalt gesperrt, weil der Bischof in einem Hirtenbrief die in Spanien eingeführte Zivil-Ehe angegriffen und als Konkubinat bezeichnet hatte. Der Bischof hat sich daraufhin bitter, daß „der Bischof zur Bestreitung seiner allerprimitivsten Lebensbedürfnisse auf die freiwilligen Gaben der Gläubigen angewiesen ist“.

Die Bereitschaft der „Gläubigen“, den angeblich für ihre religiösen Bedürfnisse angestellten Bischof auch zu unterhalten, scheint nicht sehr groß zu sein. Aber welches Recht haben sie, zu verlangen, daß auch die Steuern der Nicht-Gläubigen zur Bezahlung kirchlicher Beamter herangezogen werden — noch dazu, wenn diese, wie im vorliegenden Fall, alles daran setzen, den von der Kirche unabhängigen Menschen den Weg zu einem freien Leben zu verbauen?

Die neue bolivianische Regierung scheint friedlichere Absichten zu verfolgen als ihre Vorgängerin. Sie hat als eine ihrer ersten Regierungshandlungen den Beschluß gefaßt, einen dreißigtägigen Waffenstillstand mit Paraguay anzunehmen.

Berlin — Essen — Berlin.

Von der Arbeit der Katholiken.

M. S. Für einen Freidenker gibt es auf katholischen Veranstaltungen zwei fesselnde Probleme: das eine betrifft die Gläubigkeit der Massen, das andere die Organisationsgabe der Kirche.

Bei der II. Internationalen Christus-König-Tagung, die vom 28. bis zum 31. August in Berlin stattfand, gewann ich am ersten Abend bei der großen öffentlichen Eröffnungskundgebung den Eindruck, daß Berlin ein sandiger Boden ist für die Glaubensmission der Kirche, daß Rom aber, wenn es am Zentrum des politischen und geistigen deutschen Lebens ein kirchliches Oberhaupt braucht, in Bischof Schreiber einen fähigen Mann gefunden hat.

Die Tagung selber war ein Versager. Schon das Thema litt an Ueberalterung. Daß Christus nach der Anschauung der Gläubigen ein hoher Rang gebührt, versteht sich von selber. Dafür den Titel „König“ auszuwählen (die Christus-König-Bewegung ist mit der Neubelebung der katholischen Aktion erst vor wenigen Jahren vom Papst ins Leben gerufen worden) ist nicht zeitgemäß. Die Redner konnten mit diesem Thema nicht zu neuen Ufern vorstoßen.

Aber hier liegt bestimmt nicht das Entscheidende. In Bamberg hätte die Wahl dieses Themas nichts gemacht. Aber Berlin ist nicht Bamberg. Die Kolonistenstadt Berlin hat nichts im Sinn mit der mittelalterlichen Tradition der sogenannten „deutschen Burgen und Städte“. Daher gibt es auch in Berlin wohl Kirchen, aber keine Dome. (Der Dom neben dem Schloß ist ein Regierungsgebäude Wilhelms II.) Und zu der katholischen Versammlung in der „Philharmonie“ am Sonntagabend ging man nicht über Brücken mit Heiligenstatuen, sondern man überquerte den Potsdamer Platz.

Der Saal war nicht übermäßig voll; die Menschen alle mit Gesichtern, wie man sie auf der Straße sieht. Auf dem Podium in der Mitte der Sessel für den Bischof. Daneben und dahinter Stuhlreihen, die aber fast alle leer blieben. Der Bischof erschien nicht mit einer Hoerschau von Geistlichen im Ornat, sondern mit einigen Herren in schwarzen Röcken, dem früheren Reichskanzler Marx, einigen Reichsbeamten, und den Gastrednern aus zehn verschiedenen Ländern.

Mein Nachbar, ein Katholik, der aber das Nationale höher stellte als die internationalen Aufgaben seiner Kirche, kündete mir den Hauptsprecher des Abends, einen Ehrenpötherrn aus Wien, als einen der berühmtesten katholischen Redner an. Diesem Ruhm hat der Domberr am Sonntag kein Blatt hinzugefügt.

Er ging alle „Götzen“ unserer Tage durch: den Mammönismus (der doch ein sehr wehleidiger Götze geworden ist), die Zugellosigkeit, den Stolz, den Materialismus und den Atheismus. Er zitierte beim Gedenken an die Freidenkerbewegung Heines „Balsazar“. Er sprach von den „bolschewistischen“ Haifischen. Er forderte die Freiheit, zu beten „ohne mißhandel zu werden“.

Den gleichen Ton hatte bereits die „Germania“ in ihrem Begrüßungsartikel am Sonntag morgen angeschlagen:

„Die Gottlosen rücken an, ihre Schritte dröhnen, es sind die Truppen der Nacht, die Regimenter des Untergangs —“

Diese Sprache war nichts für die Berliner, und das sprach sicherlich für sie.

Ich beobachtete den Bischof während der Rede. Anfangs blättere er in Papieren. Dann fing er an zuzuhören, mit anhaltender Aufmerksamkeit.

Als er zu Beginn des Abends hereingekommen war und die Menge ihn begrüßte, hatte er gelächelt, seinen Gläubigen mit beiden Händen zugewinkt. Jetzt war sein Gesicht ruhig und beherrscht. Er folgte, aber er blieb nachdenklich.

Als der Beifall nach der viel zu langen Rede einsetzte, rührte auch er die Hände. Dann wandte er sich zu Marx, der neben ihm saß, und winkte den Leiter des Abends zu sich heran. Als beide nickten, stand er auf, trat nach vorn an die Rampe und begann — ungeachtet dessen, daß auf dem Programm ein anderer Redner vorgemerkt war — selber zu sprechen.

Stürmischer Beifall, schon nach den ersten Worten. Er dankte für die Glückwünsche zu seinem Geburtstag, für die Gebete bei seiner Krankheit. „Es stand nicht sehr gut um mich — aber nun bin ich — handgreiflich — wieder da.“ Die Stimme gedämpft und leiser. Sie blieb auch ohne alles Pathos, als er die Erlaubnis einholte, einige Worte zu dem Ziel und Zweck der Versammlung zu sagen:

„Gedanken sind nicht dafür da, ein beschauliches Leben zu führen.“

„Zeitgemäß müssen wir Katholiken unseren Glauben vertreten lernen.“

Die „Götzen“ wurden bei ihm zu „Zeitirrtungen“. Kampf gegen den Atheismus — aber keine Verwünschungen gegen diese Lehre, so wenig wie Flüche über Rußland — Kampf aber auch gegen die Härte und Friedlosigkeit der politischen Welt.

„Die katholische Einheit, die an diesem Abend durch die Vertreter von zehn Nationen repräsentiert wird, steht vor einer großen Gegenwartsaufgabe: „Schrittmacher zu sein“ — und hier steigerte sich seine Stimme zur Erregung — „für eine gerechte Zeit, zu sorgen, daß man endlich lerne, mit Gedanken der Vergangenheit Schluß zu machen und der Verständigung das Ohr zu öffnen.“

Alles was hinterher kam, dröhnende Chorgesänge, ein Appell an die Männer von Wilhelm Marx, an die Frauen von einer Frau, an die Jugend von einem Jüngling, war alles leer, war keinerlei Unterstützung der Stimmung, die der Bischof geweckt hatte.

Schreiber hat in Berlin sicher keine leichte Aufgabe — worüber wir uns nur freuen können. Weniger können wir uns im Interesse sozialistischer Geistesfreiheit darüber freuen, daß die Kurie bei ihrer Wahl für den Berliner Bischofsitz eine so sichere Hand gezeigt hat. Männer wie Marx, der langjährige Vorsitzende des Volkvereins für das katholische Deutschland, stützen sich auf die Macht der Kirche; ohne sie wären sie nichts. Bei Männern wie Schreiber gewinnt man den Eindruck, sie können die Macht der Kirche vermehren; sie erobern auch da noch, wo andere nur verlieren.

Was in den nächsten Tagen verhandelt wurde, in geschlossenen Versammlungen, war im ganzen ohne bleibende Bedeutung. Es handelte sich um die Entwicklung der Katholischen Aktion.

Die Erwartung, die viele an die Rede über die Katholische Aktion in Italien geknüpft hatten, wurde enttäuscht, weil der

Sondergerichtsurteile am laufenden Band.

Es ist unmöglich, alle Urteile, die von Sondergerichten verhängt werden, auch nur einigermaßen vollständig zu erfassen; noch viel weniger ist es selbstverständlich möglich, über jedes einzelne ausführlich zu berichten.

Wie wir vorher sagten, und wie sich immer mehr herausstellt, werden gegen links ungleich schwerere Strafen verhängt als gegen rechts. Wir haben neulich am Beispiel des Landfriedensbruchsparagrafen gezeigt, wie sehr

der Angeklagte hier von der persönlichen Auffassung und vor allem von der Objektivität der Richter abhängt.

Die Sondergerichte mit ihrem von den ordentlichen Gerichten abweichenden Verfahren sind zudem nicht dazu angetan, die sowieso der deutschen Rechtsprechung anhaftenden Mängel zu verkleinern.

Mit den hier gemachten Vorbehalten werden wir in Zukunft die Berichterstattung über Urteile in politischen Strafsachen fortführen.

Kommunistenprozesse.

In Altona wurde gegen 13 Kommunisten wegen versuchten politischen Mordes verhandelt, die am 29. April 1932 angeblich einen Nationalsozialisten überfallen wollten, sich dabei in der Dunkelheit aber geirrt und in eine fremde Wohnung eingeknallt haben sollen.

Verletzt wurde bei der ganzen Aktion niemand.

Urteil: Mecklenburg sechs Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, die beiden Brüder Lambrecht je vier Jahre Zuchthaus, Seidensticker, Krüger und Niednowski je ein Jahr und sechs Monate Zuchthaus, Jahn (Jugendlicher) zwei Jahre Gefängnis, Krause ein Jahr sechs Monate Gefängnis, Hoffmann acht Monate Gefängnis, Paula Hupe, Heinrich und Otto Hodde und Arendt wurden freigesprochen.

Das erste Berliner Sondergericht verhandelte gegen den Reichsbannermann Max Rothe und den Kommunisten Siegbert Caro. Beide sollen am 17. Juli bei einem Zusammenstoß mit Nationalsozialisten auf diese geschossen haben, wobei ein Nationalsozialist getötet wurde. Beide Angeklagten bestreiten die Tat.

Trotzdem wurde Rothe wegen schweren Landfriedensbruches in Tateinheit mit versuchtem Totschlag zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, Caro wegen einfachen Landfriedensbruches und Vergehens gegen das Schußwaffengesetz zu drei Jahren Gefängnis.

Das zweite Berliner Sondergericht verhandelte gegen sechs Kommunisten, die am 18. Juli in ein nationalsozialistisches Verkehrslokal hineingeschossen und dabei vier Insassen verletzt haben sollen. Als einziger von den sechs Angeklagten gibt der zweiundzwanzigjährige Erwin Born zu, am Tatort anwesend gewesen zu sein, ohne jedoch geschossen zu haben. Urteil: Born wegen schweren Landfriedensbruches und verbotener Waffenführung 3 1/2 Jahre Zuchthaus, Klemm und Gielowski wegen schweren Landfriedensbruches je zwei Jahre Gefängnis, Nitsch und Schadewald wegen einfachen Landfriedensbruches je neun Monate Gefängnis. Grützmaier wurde freigesprochen.

Das Sondergericht in Beuthen verhandelte gegen 17 kommunistische Männer und Frauen, die an einer öffentlichen „Zusammenrottung“ teilgenommen und Polizeibeamte angegriffen und verletzt haben sollen.

Nur zwei angeklagte Frauen wurden freigesprochen; zwei Angeklagte wurden zu je zwei Jahren Zuchthaus, einer

zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurteilt, die anderen zu Gefängnisstrafen von sechs bis neun Monaten.

Das Sondergericht in Gleiwitz verhängte fürchterliche Strafen gegen fünf Angeklagte, die der KPD nahe stehen sollen. Im Anschluß an Erwerbslosenunruhen in Hindenburg war es dort am 14. Juni zu Schlägereien gekommen. Urteil: Der Expedient Paul Gniolozyk erhielt wegen schweren Aufruhrs drei Jahre Zuchthaus, die Angeklagten Kornke und Noglik wegen der gleichen Straftat je ein Jahr sechs Monate Zuchthaus; der Angeklagte Garus wegen einfachen Aufruhrs ein Jahr drei Monate Gefängnis und der Angeklagte Zajons wegen des gleichen Vergehens und außerdem wegen Waffenmißbrauchs ein Jahr zwei Monate Gefängnis.

In Guben waren vor der Großen Strafkammer 27 Arbeiter angeklagt, am 10. Juli in Melsnitz einen Ueberfall auf SA-Leute ausgeführt zu haben. Am Mittwoch wurde das Urteil gefällt: für den Arbeiter Krüger ein Jahr neun Monate Zuchthaus (schwerer Landfriedensbruch); für den Bergmann Paulke ein Jahr drei Monate Zuchthaus (einfacher Landfriedensbruch in Tateinheit mit schwerem Aufruhr); für den Maurer Nickel sieben Monate Gefängnis; für den Bergmann Nemark ein Jahr zwei Monate Gefängnis; außerdem noch weitere Gefängnisstrafen und neun Freisprüche.

Vor dem Hirschberger Sondergericht wurde am Mittwoch über die schweren Zusammenstöße zwischen NS und „Reichsbanner“ in Schmiedeberg am 8. Juli verhandelt. Angeklagt waren 49 Personen wegen unbefugter Waffenführung; 39 davon sind Nazis.

Verurteilt wurden: zwei Nazis, bei denen eine Schußwaffe gefunden wurde, zu je sechs Wochen Gefängnis, und ein Nazi, der eine Stahlrute bei sich geführt hatte, zu einem Monat Gefängnis. Einen Monat Gefängnis erhielten ferner zwei von den zehn angeklagten Angehörigen des sozialdemokratischen Arbeiterlagers, bei denen Schlagringe gefunden worden waren. Die anderen Angeklagten, darunter 34 Nationalsozialisten, die mit Spaten ausgerüstet waren, wurden freigesprochen, da das Gericht diese Spaten nicht als Waffen ansah.

Zum Vergleich: vor etwa einer Woche verurteilte das Schöffengericht Frankfurt/Oder zwei Reichsbannerleute zu je drei Monaten Gefängnis wegen unbefugten Waffenbesitzes; der sollte darin bestehen, daß die Verurteilten auf einem Lastwagen drei Mistgabeln mitgeführt hatten, und zwar mit Erlaubnis des zuständigen Polizeikommissars.

Insterburger Sondergericht. Noch in unserer gestrigen Nummer wiesen wir an Hand einiger Beispiele darauf hin, daß der Preis, den Nationalsozialisten wegen der Tötung eines Kommunisten an deutschen Gerichten üblicher Weise zu zahlen haben, nach dem alten Tarif (Taten, die vor dem 10. August liegen) etwa drei Jahre Gefängnis beträgt. Dafür lieferte das Insterburger Sondergericht am Mittwoch ein neues Beispiel.

Angeklagt waren wegen Teilnahme an einer Schlägerei in Tullen neun Nazis und ein Kommunist. Bei der Schlägerei war der Kommunist Hitzgrath durch Einschlagen des Schädels getötet worden. Der Staatsanwalt ließ sich nicht von der Erwägung bestimmen, daß nicht festgestellt werden konnte, wer den tödlichen Schlag geführt habe; darauf käme es nicht an; festgestellt sei jedenfalls, daß die Angeklagten die Körperverletzung beabsichtigt hätten.

Urteil: für zwei Nazis je 3 Jahre Gefängnis; die übrigen Nazis erhielten Gefängnisstrafen von sechs bis zu achtzehn Monaten. Der Kommunist Leppert erhielt fünf Monate Gefängnis.

Kassel, Großes Schöffengericht. Am Montag wurde der 23jährige Kommunist Hickmann, der angeklagt war, im

Verlauf einer größeren Schlägerei den NS-Stadtverordneten Messerschmidt erstochen zu haben, freigesprochen. Auch der Staatsanwalt hatte ihn der Tat nicht als überführt ansehen können.

Interessant war eine Bemerkung des Staatsanwalts. Als der Verteidiger beantragte, noch zwei Zeugen zu vernemen, die sich aus dem Zuschauererraum bei ihm zur Entlastung des Angeklagten gemeldet hatten, äußerte der Staatsanwalt, er lege auf diese Zeugen aus dem Zuschauererraum gar kein Gewicht, selbst wenn sie ihre Aussage unter Eid machten. Er würde ihnen doch nicht glauben, man habe ja seine Erfahrungen in politischen Prozessen.

Naziprozesse.

In Gladbach hatten zwei Nationalsozialisten einen Techniker, der früher Mitglied der NSDAP gewesen und aus der Partei ausgeschlossen worden war, beim Verlassen einer Wirtschaft verfolgt und überfallen, und ihn durch Messerstiche schwer verletzt. Wegen dieser Tat hatten sich gestern ein Schlosser und ein Bauarbeiter vor dem Gladbacher Sondergericht zu verantworten. Die Angeklagten erhielten 27 bzw. sechs Monate Gefängnis.

In Viersen war am 15. Juli ein Polizeibeamter von jungen Nationalsozialisten überfallen und seiner Pistole und seines Seitengewehrs beraubt worden. Die Waffen wurden später aus dem SA-Heim herausgeholt. Hierbei wurde unter dem Kopfkissen eines SA-Mannes ein scharf geladener Revolver gefunden. Das Gladbacher Sondergericht verurteilte diesen SA-Mann gestern wegen Verstoßes gegen die Waffenbestimmungen zu drei Monaten Gefängnis.

Auch Industriezollerhöhungen.

Gleichzeitig mit den bereits angekündigten Agrarzollerhöhungen werden eine Reihe von deutschen Industriezöllen zum Teil sehr stark erhöht. Wir verzeichnen die wichtigsten Produkte aus der Werkstatt der Krisenmacher:

Textilien: Bei einzelnen Tarifnummern Zollerhöhungen bis zu 50 Prozent, so für Fußbodenteppiche, Wollsam und Wollplüsch. Besonders scharf sind die Zollheraufsetzungen für Jute- und Flachsgewebe, Wachstuch sowie wasserdichte Gewebe und Kleider aus Wachstuch; für letztere ist der Zollsatz gegenüber dem bisherigen bis zu 300 Prozent erhöht worden.

Weitere Zolländerungen betreffen Filme, wo eine neue Position „belichtete Kinofilme“ eingeführt wird, für die ein Zoll von 2000 Mark je Doppelzentner (nicht entwickelt) und in gleicher Höhe für entwickelte Positive erhoben wird.

Von Zollerhöhungen betroffen werden weiter verschiedene Spezialpapiere, wie Gelatinepapier, Schieferpapier. Bei landwirtschaftlichen Geräten werden teilweise neue Tarifnummern eingefügt, das Gleiche gilt von Eisen-schrauben, wo unter anderem Hufeisen herausgenommen werden. Zu erwähnen sind weiter die Neuschaffung des Zolls für Chromnickel in Höhe von 240 Mark und für hieraus hergestellten Draht (der Zoll ist je nach Stärke zwischen 240 und 20000 Mark gestaffelt). Starke Zollerhöhungen erfahren Schreibmaschinen und Registriermaschinen, Präzisionswaagen, Näh- und Strickmaschinen, alles Produkte, in deren Herstellung die deutsche Industrie durchaus leistungsfähig ist.

Für eine Reihe von Musikinstrumenten werden die Zölle verdreifacht, für Saxophone sogar verzehnfacht.

Diese Maßnahmen, die einer Reihe von Industrien besondere Vorteile in den Schoß werfen, gehen — in Deutschland fast unbemerkt — neben dem großen „Krisenprogramm“ des Herrn Papen einher. Manche Lieferländer werden sich durch Papens Rede wenig ablenken lassen, und diese deutsche Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz auch ihrerseits zum Anlaß ähnlicher Maßnahmen nehmen.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

70)

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

„Die Sozialdemokratie sollte auch an ihre Verantwortung vor der Geschichte denken!“

„Das Reich kann nur gerettet werden, wenn die Mehrheitsparteien zusammenhalten!“

Scheidemann tupft sich mit einem Tuch seinen krebsroten Schädel:

„Wir haben uns die größte Mühe gegeben, auf die Massen einzuwirken. Wenn sie in der Kaiserfrage doch in Bewegung gekommen sind, so sind es in erster Linie die bürgerlichen Blätter, wie die „Frankfurter Zeitung“, gewesen; die dazu beigetragen haben! Uns ist der Weg zum Reichskanzler wirklich furchtbar schwer geworden. Aber wenn die Abdankung jetzt nicht erfolgt, so wird in kurzer Zeit die Frage gestellt sein: Republik oder Monarchie!“

Die Fachminister sprechen über dasselbe Thema:

„Die Sozialdemokraten wollen die Republik nicht?“

„So merkwürdig das auch ist, aber sie denken gar nicht daran!“

„Genau das hat der Abgeordnete Landsberg im interfraktionellen Ausschuß erklärt: „Wir denken nicht daran, die Republik einzuführen, weil wir zwar Republikaner, aber auch Demokraten sind und nicht die Ansicht einer Minderheit einer Mehrheit aufdrängen wollen!“

„Aber sie werden von den radikalen Massen gedrängt!“

„Man hätte den Zusammenbruch der Westfront und die ganze Aktion mit Wilson eben geheimhalten müssen.“

„Ja — die Generäle haben eben die Nerven verloren...“

„Wenn die Sozialdemokraten der Straße jetzt nicht entgegenkommen, laufen ihnen die Massen zu den Unabhängigen weg, das fürchten sie auch!“

„Aber die Straße darf doch schließlich nicht die Politik bestimmen!“

Der Kreis um Scheidemann herum ist größer geworden

Scheidemann erklärt auf das Bestimmteste:

„Der Kaiser muß weg, sonst haben wir die Revolution!“

„Aber das ist in der kurzen Frist doch unausführbar!“

„Wie Exzellenz Scheidemann sich das überhaupt vorstellen, möchte ich wissen — auf telephonischem Wege die Abdankung bis morgen herbeiführen, das ist doch unmöglich!“

Unterstaatssekretär Haußmann ist beinahe persönlich beleidigt. Er spricht mit einem leichten schwäbischen Akzent: „Ich bin über die ganze Art und Weise des sozialdemokratischen Vorgehens verletzt. Hierdurch wird unsere Mehrheit ja gesprengt. Man zerstört alles in dem Augenblick, wo man in Preußen reformieren will!“

Scheidemann verteidigt seine Partei:

„Das lag an dem Zeitmangel, die Ereignisse überstürzten sich eben. Die Bewegung wächst uns sonst über den Kopf!“

„Aber so kann man unter gebildeten Menschen nicht verhandeln. Ein Vorgehen wie das der Sozialdemokratie macht jedem, der noch etwas auf sich hält, das Zusammenarbeiten beinahe unmöglich!“

Wie schon oft in diesen Tagen, bedauert Scheidemann, daß nicht Ebert an seiner Stelle steht. Er sieht seine Ministerkollegen an, den siebzehnjährigen v. Payer, der schon unter Hertling den Posten des Vizekanzlers innehatte, den greisenhaften Gröber, dem der weißgebleichte Bart bis weit auf die Weste herunterfällt, den vierkantigen Kopf des Dr. Solf, der wie ein alternder katholischer Geistlicher aussieht und dessen an die hintere Partie des Schädels angeklebtes Haar an eine Perücke erinnert. Es hat ja alles keinen Zweck mehr...

Um die Debatte abzuschließen, sagt er:

„Niemand weiß, wer morgen noch hier auf diesen Stühlen sitzen wird! Nach unserer Überzeugung tritt ein revolutionärer Zusammenbruch ein, wenn der Kaiser nicht sofort abdankt. Dank er ab, so glauben wir die Garantie übernehmen zu können, daß die Entwicklung sich noch günstig gestalten wird. Wir sind bis heute unseren Zusagen treu geblieben. Wir haben dabei sogar unseren Ruf aufs Spiel gesetzt!“

Neue Nachrichten plätzen in die Versammlung:

Das Gouvernement Köln verhandelt mit Soldatenräten.

In München ist das Kriegsministerium besetzt worden.

Aus dem Vorzimmer kommen einige Offiziere herein, schlagen die Hacken zusammen, begrüßen die Exzellenzen und beteiligen sich am Gespräch:

„Wir haben uns alle dem Oberkommando zur Verfügung gestellt!“

„Kompanien mit 10 bis 15 Offizieren werden gebildet, und die Bataillone unauffällig in den Häusern verteilt. Die Stadt ist in Kampfabzweige eingeteilt worden!“

Einer kommt aus dem Polizeipräsidium:

„Im großen Glashof sieht es aus wie in einem Kriegslager, auch im Schloßkeller liegen Truppen, und auf dem Schloßhof stehen Panzerwagen.“

„Und die Truppen sind zuverlässig?“

„Unbedingt, Exzellenz! Die Naumburger Jäger zum Beispiel!“

„Die Jüterboger Artillerie auch — die ist königstreu bis in die Knochen!“

„In der Führersitzung hat der Oberkommandierende erklärt, daß scharf zugefaßt werden muß, den Aufständischen sind schon Panzerwagen entgegengeschickt. Die Fliegerinspektion hat Befehl, gegen die mit Matrosen nach Berlin fahrenden Eisenbahnzüge Flugzeuge anzusetzen. Auch die Eisenbahnschienen sind aufgerissen worden.“

„Artillerie soll ebenfalls eingesetzt werden!“

Die Exzellenzen bedanken sich bei den jungen Offizieren für ihre zuversichtlichen Äußerungen und setzen sich zu den übrigen Kabinettsmitgliedern an die lange Konferenztisch.

„Alles kommt darauf an, daß wir Berlin halten, bis Ersatz von der Front kommt. Die OHL hat dem Kriegsminister Feldtruppen zugesagt. Die II. Garde-Infanterie-Division ist bereits im Anrollen, eine weitere ebenfalls. Auch ein Armeekommando, das den Oberbefehl gegen die Meuterer übernehmen soll, ist unterwegs.“

Das Kabinett ist vollzählig versammelt. Nur der Staatssekretär ohne Portefeuille Erzberger, der vor zwei Tagen als Führer der Waffenstillstandskommission nach dem Westen abgefahren ist, fehlt.

Der Kriegsminister eröffnet die Sitzung.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitspflicht für die unterstützten Arbeitslosen in Schweden.

(IGB) Schweden ist eines der wenigen Industrieländer Europas, in dem es noch keine allgemeine Arbeitslosenversicherung gibt. Diese Frage steht allerdings seit vielen Jahren im Vordergrund der Beratungen. Bisher war es jedoch nicht möglich, eine Verständigung über eine alle Parteien befriedigende Lösung herbeizuführen. Die Unterstützung der Arbeitslosen in Schweden geschieht in der Weise, daß der Reichstag jedes Jahr eine bestimmte Summe für die Unterstützung von bedürftigen Arbeitslosen bzw. für die Durchführung von Notstandsarbeiten bewilligt. Diese Summe wird durch die staatliche Arbeitslosigkeitskommission an die Gemeinden des Landes weitergeleitet. Unter den schwedischen Arbeitern besteht bereits seit langem ein starker Unwille gegen die Politik der Arbeitslosigkeitskommission, der besonders jetzt stark zum Ausdruck kommt. Ein großer Teil der Arbeitslosen in Schweden wird bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Ende Juni d. J. waren bei den Arbeitsämtern insgesamt 97370 Unterstützungs suchende Arbeitslose gemeldet (bei den 6 Millionen Einwohnern in Schweden entspricht diese Zahl einer Arbeitslosigkeit von gut 1 Million in Deutschland); hiervon wurden 30426 bei staatlichen oder kommunalen Notstandsarbeiten beschäftigt, während 20704 Geldunterstützung bezogen. Nun hat die staatliche Arbeitslosigkeitskommission beschlossen, die Löhne der Notstandsarbeiter sowie die Arbeitslosenunterstützung herabzusetzen, und zwar ab 1. August 1932. Weiter wurde beschlossen, daß alle unterstützten Arbeitslosen verpflichtet sind, an zwei Tagen in der Woche Kompensations-

arbeiten zu verrichten. Den Gemeinden wurde aufgegeben, Maßnahmen für eine angemessene Beschäftigung dieser Arbeitslosen zu treffen. Dieser Beschluß wird allgemein verurteilt, nicht nur von den Arbeitslosen selber, sondern auch von Seiten vieler Gemeinden. Es wird dagegen angeführt, daß die Löhne der Notstandsarbeiter bereits sehr niedrig seien und bedeutend unter den Lohnsätzen liegen, die für ähnliche Arbeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gezahlt werden. Ferner fällt es manchen Gemeinden schwer, für die Arbeitslosen passende Beschäftigung zu finden. Endlich wird von Seiten der Gemeinden angeführt, daß sich solche Arbeiten immer als sehr teuer erweisen. Aus diesen Gründen weigerte sich die Gemeinde Stockholm, diesem Beschluß der Kommission nachzukommen. Die Arbeitslosigkeitskommission, in der merkwürdiger Weise keine Arbeitervertreter sitzen, stellte jedoch die Gemeinde Stockholm vor die Wahl, entweder die Arbeitslosen an zwei Tagen der Woche zu beschäftigen oder auf den Staatszuschuß für die Arbeitslosenhilfe zu verzichten. Darauf hat sich die Gemeinde dann dem Diktat der Kommission gefügt.

Seitens der Gewerkschaften und der Arbeitslosen ist eine energische Protestaktion gegen die Beschlüsse der Kommission eingeleitet worden, die bereits einen Erfolg zu verzeichnen hat, indem die Kommission jetzt erklärt, in ihrer nächsten Sitzung die Frage der Herabsetzung der Löhne und Unterstützungen einer erneuten Prüfung zu unterziehen.

Verwicklungen in Vorderasien?

Der große Herrscher des arabischen Hedschas Ibn Saud plant nach einer Meldung des englischen Arbeiterblatts „Daily Herald“, Städte des nördlichen Transjordanien zu besetzen, um sich für einen Einfall in sein Land zu rächen. Transjordanien untersteht einem Völkerbundskommissar, dem englischen General Wauchope, der Kampfflugzeuge und Panzerwagen an der Grenze konzentrieren ließ.

Militärdienstpflicht in China?

Reuter meldet aus Schanghai, daß die chinesische Regierung die Absicht hat, demnächst die allgemeine Wehrpflicht nach französischem und italienischem Muster in China einzuführen.

Der chinesische Polizeichef von Mukden und ein Teil der chinesischen Bevölkerung der Stadt sind zu den chinesischen Freiwilligen-Truppen übergegangen.

Japan über Selbstverteidigung.

Das japanische Kriegsministerium vertritt die Ansicht, daß der japanische Angriff auf Jehol „im Augenblick“ nicht als Maßnahme der Selbstverteidigung hingestellt werden könne. Dagegen seien in der Mandchurei legale Verteidigungsmaßnahmen zu treffen, um eine Wiederholung des jüngsten chinesischen Überfalls zu verhindern, bei dem 17 japanische Flugzeuge vernichtet worden seien sollen.

Der Faschismus in Polen.

Seit März 1932 ist die polnische Regierung vom Sejm zum Erlaß von Notverordnungen ermächtigt worden. Sie hat nun zwei Verordnungen zur „Bereinigung“ der Strafgerichtsbarkeit erlassen. Die erste ermächtigt den Justizminister, zwischen dem 1. September und dem 31. Oktober nach Gutdünken etwaige sich noch in Dienst befindliche nichtfaschistische Richter in den Ruhestand zu versetzen oder ihren Amtsort und ihre Amtstätigkeit ohne ihre Zustimmung zu verändern. Durch die zweite Verordnung werden die Schwurgerichte, die noch in den ehemals österreichischen Gebieten Polens bestehen, abgeschafft.

100 000 französische Lehrer gegen den Krieg.

Auf dem Kongreß der Volksschullehrer-Gewerkschaft Frankreichs, der kürzlich in Clermont-Ferrand stattfand, wurde eine Resolution angenommen, die dazu auffordert, im Fall eines französischen Verteidigungs- oder Angriffskriegs den Heeresdienst zu verweigern, die Rüstungsfabrikation zu unterbinden, für den Generalstreik einzutreten.

Diese Lehrer-Gewerkschaft umfaßt mehr als 100 000 Mitglieder. Die großen Lehrer-Organisationen Deutschlands sollten sich ein Beispiel an dieser Haltung ihrer französischen Kollegen nehmen!

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Montag, 5. September, um 20 Uhr, im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40-41 (Nähe Bahnhof Börse). Thema: „Arbeiter-Regierung statt Regierung der Barone!“ Freie Aussprache. Eintritt freil.

Hamburg-Barmbeck: Sonnabend, 8. September, 20,15 Uhr, im Volkshaus Barmbeck, beim alten Schützenhof 4. Thema: „Der Generalangriff der Reaktion.“ Freie Aussprache! Eintritt freil.

Tarifauflockerung im Ruhrbergbau.

Der Zechenverband hat die Lohnordnung im Ruhrbergbau zum 30. September gekündigt. Die Kündigung ist angeblich erfolgt, um die bisherige Lohnfestsetzung für die 160 Schachtanlagen des Ruhrgebietes den „unterschiedlichen Verhältnissen anzupassen“. Es ist klar, daß es sich nur um eine neue Lohnsenkungsaktion handelt.

Der Arbeitgeberverband für den nordwestlichen Bezirk der Eisen- und Stahlindustrie hat dagegen von der Möglichkeit einer Kündigung des Lohnvertrages zum gleichen Zeitpunkt keinen Gebrauch gemacht.

Im Berliner Einzelhandel haben die Arbeitgeber am Dienstag den Gehaltstarif zum 30. September gekündigt. Etwa 50 000 Angestellte werden davon betroffen.

Auch der Arbeitgeberverband für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat die Gehaltstarife gekündigt, und zwar für die Angestellten dieser Branche. Am 2. September sollen Verhandlungen zwischen den Parteien stattfinden.

Gehaltskürzung bei der Labour-Party.

Die englische Labour-Party hat die Gehälter sämtlicher Partei-Angestellten mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1932 um 5 Prozent gesenkt.

Obwohl die Parteisekretäre auch eine stärkere Kürzung ihrer Bezüge vertragen hätten — die 5 Prozent reichen nicht hin, um Henderson und Genossen auch nur eine Vorstellung davon zu geben, was die ständigen Lohnkürzungen für die Arbeiter bedeuten —, so ist dieser Schritt doch als Anfang zu begrüßen. Er ist wahrscheinlich noch rasch vor dem Parteitag vorgenommen worden, um das Vertrauen der Mitgliedschaft zu ihren Führern zu stärken; denn angesichts der Tatenlosigkeit der Labour-Party ist das Vertrauen wahrscheinlich einer Stärkung bedürftig.

Hoffentlich erzwingen die englischen Gewerkschafter, das auch die unerhört hohen Gehälter, die die Gewerkschaftsbeamten beziehen, endlich einmal gekürzt werden.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethstr. 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 9. HEFT SEPTEMBER 1932

Inhalt:

WALTER FLIESS:

Zum Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht

*

GUSTAV HECKMANN:

Mehr Politik! Zur Klassenlage in Deutschland.

*

Zum Nachdenken:

Demokratischer Kampf.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe. Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Weiter spinale Kinderlähmung.

Um eine weitere Ausbreitung dieser Krankheit zu verhindern, die im Kreise Lauenburg in den letzten Tagen in achtzehn Fällen aufgetreten ist, hat der Regierungspräsident in Köslin verfügt, daß im gesamten Kreise Lauenburg sämtliche Schulen (mehr als 100) bis zu den Herbstferien geschlossen werden.

Die meisten Fälle sind bisher gutartig verlaufen, doch scheint die Verbreitung der Krankheit vorläufig noch erheblich zuzunehmen; denn auch aus mehreren anderen Kreisen der Provinz Pommern werden Fälle von Kinderlähmung gemeldet.

Die spinale Kinderlähmung tritt seit Juli auch in Berlin verstärkt auf. Während des Juli und des August sind zusammen 24 Erkrankungen in Berlin gemeldet worden; drei davon verliefen tödlich. Die Zahl ist erheblich höher als die entsprechende aus den Vorjahren: 1931 wurden in diesen beiden Monaten 7, 1930 12 Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung in Berlin gemeldet.

Der ehrliche Druckfehlerteufel.

Der „Syndikalist“ hat folgenden hübschen Druckfehler ausgegraben, den die Frankfurter „Volksstimme“ (SPD) verbrochen hat:

„Darum, Genossen, Augen auf! Jeder politisch Geschulte weiß, daß erfolgversprechende Verhandlungen nur von den zentralen Parteileitungen gefährdet werden können.“

Der Aufstand in Ecuador ist trotz des Sieges der Regierungstruppen von neuem in der Hauptstadt aufgeflammt. Die Aufständischen haben dabei, wie berichtet wird, die Insassen einer Irrenanstalt bewaffnet und gegen die Regierungstruppen gehetzt.

Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine) garantiert reine Nuß-Fette

Sonder-Angebot:

Post-Päckchen 8 Pfd. netto nur 2,20 RM. Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postscheck Magdeburg 179 24.

Friskost-Reformhaus

Ernst Held, Magdeburg

Otto v. Guerickestraße 104.

Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen **MABANZUG**.

aus erstklassigem Stoff, mit bestem Futter, in sorgfältiger Maßarbeit.

Preisänderungen nach oben und auch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch! **R. Schönheit, MAGDEBURG, Otto von Guerickestr. 104, H. v. I.**

Maßarbeit erstklassig und billig

Herrn-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme

Anfüttern und Reparaturen

ALFRED ARENSBERG

Berlin - Reinickendorf - Ost

Hinter der Dori-Aue 14

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987

Ab 30. August: Die berühmten 3 Komiker

Charlie Chaplin

Charlie arbeitet

Buster Keaton

Casanova wider Willen

Harold Lloyd

Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Wahrt Abonnement! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen

Berlin SO 36, Elisabethstr. 28-30

Telefon: Sammelnr. P 1 Moritzplatz 9471

Die Philosophie Hegels

spielt eine entscheidende Rolle beim ‚historischen Materialismus‘.

Wer sich mit dem historischen Materialismus auseinandersetzen will, der lese folgende Schriften:

Otto Apelt:

Die Behandlung der Geschichte der Philosophie bei Fries und bei Hegel. Sonderdruck 1,— M.

Hellmuth Falkenfeld:

Philosophen für und wider die Revolution. / 72 Seiten, 0,60 M.

Leonard Nelson:

Die bessere Sicherheit. Ketzereien eines revolutionären Revisionisten. 2. Auflage. 0,40 M.

Minna Specht:

Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer politischen Weltansicht. 0,60 M.

Verlag ‚Öffentliches Leben‘, Berlin S 14, Inselstr. 8a, Postcheckkonto Berlin 313 42.

„Nationale Abwehrstelle gegen bolschewistische Umtriebe.“

Ein pfäffisches Hetzblatt mit Feuer und Schwert.



M. H. Vor kurzem ist in Berlin unter der Leitung des „Materiallieferanten“ Walter Korodi, einer Zierde der „Berliner Börsenzeitung“, eine „Nationale Abwehrstelle gegen bolschewistische Umtriebe“ gegründet worden. Mit anderen Worten: ein Verein zur organisierten Hetze gegen alle fortschrittlichen Bestrebungen, die unter dem Bürgern gegenüber wirksamen Sammelnamen „Bolschewismus“ zusammengefaßt werden. Da an der Aufrechterhaltung der bestehenden „Kultur“ die

Kirche nicht unerheblich beteiligt ist, kommt es natürlich darauf an, alle Bestrebungen zu untergraben, die sich im Kampf gegen die Kirche hervortun. Die kommunistischen Freidenker-Organisationen sind bereits verboten, also kann man sich nun an die sozialdemokratischen heranmachen. Wie kann man die Freidenkerbewegung zu einem bolschewistischen Umtrieb stempeln? Ganz einfach! Der „Reichsbote“, das berüchtigte deutsche Blatt für evangelische Geistliche, eröffnet den Reigen, indem er einen Bericht der „nationalen Abwehrstelle“ über die Freidenker-Bewegung veröffentlicht:

„Die Arbeit der kommunistischen Fraktionen in den sozialdemokratischen Freidenkerbünden wird vermehrt und diese Bünde werden die Plattform der neuen Aktivität bilden. Darum: Verbot und Auflösung auch der sozialdemokratischen Freidenkerbünde, Verhaftung und schwere Bestrafung eines jeden, der auf volkszersetzende Weise antikirchlich aktiv ist! Das Gleiche gilt für die Volksbestattungsvereine und die Komitees für den Austritt aus der Kirche. Das Uebel an der Wurzel packen und mit Feuer und Schwert ausrotten,

das ist die dringendste Pflicht der Regierung. Hunderttausende deutscher Familien warten auf die befreiende Tat.“

Um den Lesern den Charakter dieses so um die Kultur bemühten Blattes deutlich zu zeigen, bringen wir hier eine Antwort, die der „Reichsbote“ einem evangelischen Pastor gegeben hat, der angeregt hatte, die evangelische Kirche sollte einen Sonntag in den Dienst des Friedensgedankens stellen:

„Handelte es sich um einen Sonntag zur Hebung der Ziegenzucht, immerhin eine ehrliche Sache; handelte es sich um einen solchen zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, zur Wiederaufrichtung von Wehrhaftigkeit, Mannhaftigkeit und Treue — man liesse mit sich reden. Ein Friedenssonntag?! Das ist in den Augen einfacher Menschen Unsauferkeit, es ist so widerwärtig, als wenn man bei einer Leiche Karner spielt oder einem Sterbenden Couplet vorspielt.“

Wir sehen bei der neuesten Aktion des „Reichsboten“ deutlich: für die Reaktion gibt es nur einen Gegner, selbst wenn er gespalten auftritt. Sie erledigt erst den einen, dann kommt der andere an die Reihe. Es wäre demgegenüber völlig falsch, nun etwa ängstlich darüber zu wachen, daß dem deutschen Freidenkerverband nichts nachgesagt werde, es seien Kommunisten in ihm tätig, und deswegen müsse er auch verboten werden. Dies Zurückweichen ermutigt gerade den Gegner! Es ist im Gegenteil notwendig, daß wir die kommunistischen Genossen zurückgewinnen für den Freidenkerverband, um so die Einheit der Freidenkerbewegung wieder herzustellen; vor allem diejenigen, die von der kommunistischen Methode der Fraktionsarbeit selber genug haben und also keine Gefahr für die Organisation bedeuten. Ihre Mitarbeit ist sehr erwünscht, damit die Aktivität der Freidenker erhöht wird, gerade gegenüber

Redner mit keiner Andeutung das Regierungssystem Mussolinis erwähnte. Nur einmal die Bemerkung, daß sich die katholische Aktion seit dem Konkordat jeder parteipolitischen Betätigung enthalte.

Die Einzelheiten seines Vortrags mußten unlebendig bleiben; denn nicht die Anzahl von Zeitungen, von Vereinen, das Bestehen einer katholischen Universität in Mailand ist für die katholische Kirche das Entscheidende auf italienischem Boden, sondern ihr Ringen um den Einfluß auf das Volk, das heute von den Händen der Faschisten umklammert wird. Wie die Rede selber eng war, so machte auch die Person des Redners — trotz seiner Jugend — den Eindruck eines in seiner Bewegungsfreiheit völlig gehemmten Menschen.

Lehrreiche Eindrücke! Wie leicht versteigt man sich bei der Riesenausdehnung des katholischen Weltreichs, seinem gleich bleibenden Bestand, der Geschlossenheit seiner politischen Parteien, der Stetigkeit seiner Tradition zu der Vorstellung, daß hier auch eine Glaubensmacht von fast ungeborener Kraft lebt.

In Wahrheit steht die Sache so: Wo diese Glaubensmacht vorhanden ist — und sie ist es in weiten Teilen Deutschlands, Oesterreichs, der südlichen Länder — da besitzt sie diese Macht auf Grund äußerer Rechte, auf Grund des Schulrechts, die wehrlosen Gemüter der Kinder in Besitz zu nehmen, auf Grund von Staatszuschüssen und ungeheuren Liegenschaften eine ausgedehnte Wohlfahrtspflege zu treiben, auf Grund von politischen Machtpositionen, durch die sie in Parlamenten und Staatsstellen die Interessen der Kirche im öffentlichen Leben vertritt.

Sollte die Kirche allein von der Kraft ihrer Dogmen leben, nicht von der Unterstützung ihrer Organisation und nicht vom Angriff, der ihren Märtyrergeist sofort wieder belebt, ihre Gemeinden würden dahinstehen wie die Zirkel überlebter Philosophen.

Der Redner des letzten Tages, ein fürstbischöflicher Konistorialrat aus Jugoslawien, der mit der Ursprünglichkeit eines Bauernpfarrers redete, machte aus dieser Tatsache keinerlei Hehl. Er berichtete, wie die Christus-König-Bewegung, eine Laienbewegung (nur unter dem Schutz von Priestern) es nicht fertiggebracht habe, die alljährlich geplanten

den noch zu erwartenden Anschlägen der Kulturreaktion (Reichsschulgesetz, Verkirchlichung der Schule!)

Es ist im Interesse dieses Ziels der Zurückgewinnung der kommunistischen Mitglieder und auch der Werbung neuer aktiver Kräfte sehr zu begrüßen, daß im Leitartikel des „Freidenkers“ vom 16. August der parteipolitischen Neutralität im Freidenkerverband „fundamentale Bedeutung“ zugesprochen wird. Wir wünschen den folgenden Sätzen weiteste Verbreitung und vor allem Beherzigung auch im Deutschen Freidenkerverband:

„Das Freidenkertum ist in seinem Wesen sozialistisch“, aber „es überläßt die politischen Mittel und Wege zur Durchführung des Sozialismus den politisch-sozialistischen Parteien... Ein kommunistisches, reformistisches oder sozialdemokratisches Freidenkertum ist somit Unsinn. Die Parteikämpfe innerhalb der freigeistigen Organisationen vermögen an diesem fundamentalen Grundsatz ebensowenig etwas zu ändern, wie die politischen Parteikämpfe im Schoße der Kirche.“

Das vervollständigte „marxistenreine“ Reichstagspräsidium.

Zu den bereits genannten vier Präsidenten, Göring (NSDAP), Esser (Zentrum), Graef (DNVP) und Rauch (BVP), wurden zwölf Schriftführer hinzugewählt, die zusammen mit den erwähnten vier Abgeordneten den Vorstand des Reichstages bilden. Diese zwölf setzen sich zusammen aus: acht Nazis, drei Zentrumsleuten und einem Deutschnationalen.

Das Reichstagspräsidium trat am Mittwoch für kurze Zeit zusammen, um Kenntnis zu nehmen von dem Antworttelegramm, das Hindenburg an Göring geschickt hat auf dessen Angebot, daß das Reichstagspräsidium zum Vortrag nach Neudeck kommen wolle. Hindenburgs Telegramm lautet:

„Für die Mitteilung von der Wahl des Reichstagspräsidiums sage ich Ihnen besten Dank, ebenso für die mir kundgegebene Absicht des neugewählten Präsidiums, sich bereits jetzt und hier mir vorzustellen. Da ich im Laufe der nächsten Woche nach Berlin zurückzukehren gedenke, bitte ich Sie und die Herren Vizepräsidenten, von einer Fahrt hierher Abstand

Beachtenswert ist hier vor allem, daß ausdrücklich von den sozialistischen Parteien die Rede ist; das sollten sich auch alle die Sozialdemokraten merken, die im Freidenkerverband wie auch in der Gewerkschaft stets nur von „der“ Partei sprechen und niemals gewillt sind, außer ihrer eignen Partei eine andere, bzw. deren Mitglieder als gleichberechtigt im Verband anzuerkennen. Das sollte auch gelten für alle Wahlkämpfe und ähnlichen Gelegenheiten, wo es den Mitgliedern des Freidenkerverbandes völlig überlassen bleiben muß, welcher Arbeiterpartei sie ihre Stimme geben wollen.

Die republikanische Beschwerdestelle bleibt.

Im Preußischen Landtag war beantragt worden, die republikanische Beschwerdestelle „als Herde ständiger Beunruhigung sofort zu schließen“.

Der kommissarische preußische Innenminister, Dr. Bracht, hat darauf geantwortet, daß es sich bei der Beschwerdestelle um eine private Einrichtung handle. Es sei Vorsorge getroffen, daß der Verkehr mit amtlichen Stellen auf das Maß beschränkt bleibe, das sich aus der Gewährleistung des Petitionsrechts im Art. 126 der Reichsverfassung ergibt. Eine Schließung der Beschwerdestelle sei aus rechtlichen Gründen unzulässig.

Die Reichstagsausschüsse.

Zunächst haben sich vier Ausschüsse konstituiert: Der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung (Vorsitzender: Löbe-SP, Stellvertreter: Oberlin-dober-NS); der auswärtige Ausschuß (Vorsitzender: Frick-NS, Stellvertreter: Scheidemann-SP); der Geschäftsordnungsausschuß (Vorsitzender: Dr. Bell-Zentrum, Stellvertreter: Schumann-KP); der Haushaltsausschuß (Vorsitzender: Reinhardt-NS, Stellvertreter: Heilmann-SP).

Zentrum und Nazis.

Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags trat auf Wunsch einiger Fraktionsmitglieder am Mittwoch zusammen zu einer Aussprache über den Stand der Koalitionsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird vom Zentrum mitgeteilt, daß die Fraktion auf dem Standpunkt stehe, die

zu nehmen und Sie den geplanten Besuch bei mir im Laufe der nächsten Woche in Berlin abzustatten. Den Zeitpunkt hierfür werde ich Ihnen dort angeben. Einstweilen spreche ich Ihnen und den Herren Vizepräsidenten auf diesem Wege meine guten Wünsche für Ihre Geschäftsführung aus.

(gez.) von Hindenburg, Reichspräsident.“

Wie man aus Kreisen des Reichstagspräsidiums hört, glaubt man dort eine gewisse Bereitwilligkeit Hindenburgs aus dem Telegramm herauszuhören, sich mit dem Präsidium über die politische Lage zu verständigen. Dieser Glaube erhält Nahrung aus der Behauptung: die Gerüchte über angebliche Blankovollmachten des Reichskabinetts seien falsch. Der Reichskanzler beabsichtige, vor dem Reichstag eine ausführliche Programmrede zu halten. Zu dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung hat sich diese selber übrigens geäußert, daß sie mit dem Eindruck, den die Münstersche Pape n-Rede auf weite Kreise des In- und Auslandes gemacht habe, durchaus zufrieden sei.

in Preußen durch den Reichskommissar geschaffenen Zustände seien verfassungswidrig, und es müsse alles geschehen, um möglichst bald verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen.

Das heißt: es soll alles geschehen, um mit den Nazis zu einer Einigung zu kommen.

Herr Oberföhrn von den Deutschnationalen hat Herrn Göring ersucht, die schwarz-rot-goldene Fahne aus der Wandelhalle des Reichstages entfernen zu lassen. Herr Göring hat den Vorsitzenden der Mampe-Fraktion daran erinnert, daß deren Mitglied Wallraff in seiner Eigenschaft als Reichstagspräsident vor einigen Jahren die Fahne auch nicht entfernt habe; er selber habe dazu jetzt keinen Anlaß.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählte zu ihren bisherigen Vorsitzenden Breitscheid, Wels und Dittmann als vierten Paul Löbe hinzu. Fraktionsführer bleibt Breitscheid.

internationalen Kongresse zustande zu bringen, wie kein Land, keine Stadt sich gefunden habe, den Kongreß gastlich aufzunehmen. Er beschwor die Gläubigen, sich endlich zu einer Internationale der Christenheit zusammenzuschließen und sich nicht auf die internationale Organisation des Priestertums zu verlassen. „Katholiken aller Länder, vereinigt Euch“, rief er ihnen zu, „damit nicht die Pforten der Hölle, die Internationale des Proletariats, die Christen überwältigen.“

Der Bischof, der zugesagt hatte zu kommen, war an diesem Tag nicht mehr da. Vermutlich bereitete er seine Abreise nach Essen vor, wo am gleichen Tag, am Mittwoch, der Deutsche Katholikentag eröffnet worden ist. Die Essener Tagung wird einen anderen Charakter zeigen als der Internationale Berliner Kongreß. Sie wird nicht von Laien getragen, sondern von den Bischöfen Deutschlands, den Parteiführern des Zentrums und den Vorsitzenden der großen katholischen Organisationen, deren Dreieinigkeit die heutige Macht des deutschen Katholizismus verbürgt.

Die Besinnung auf diese eigentlichen Quellen der kirchlichen Macht muß uns den Blick schärfen für das, was gerade in diesen Tagen innerhalb der katholischen Bewegung vorgeht.

Der an sich unbedeutenden, wenn auch lehrreichen Tagung in Berlin stehen zwei andere Ereignisse gegenüber.

Während in Essen die Funktionäre der Kirche das Missionsthema „Christus in der Großstadt“ in den Vordergrund rücken, verhandeln die Führer des Zentrums in Berlin mit der größten deutschen Partei um den Einfluß auf die Regierung. Beide Unternehmungen gehören zusammen, und zwar in dem bestimmten und entscheidenden Sinn, daß der politische Katholizismus, wie ihn auch Brüning vertritt, heute dem missionarischen Katholizismus nicht nur den Weg erleichtert, sondern ihn sogar erst ermöglicht.

So betrachtet, ist der Kirchenkongreß in Essen bedeutsamer als der Laienkongreß in Berlin; aber hinter beiden steht kämpfend das Zentrum, das die politische Macht im Reich und in Preußen verteidigt.

Die Versorgung der Arbeitslosen nach dem neuesten Stand der Gesetzgebung.

Unter diesem Titel ist im Verlag des ADGB eine kleine Schrift erschienen, die allen denen ein Helfer sein will, die im eigenen Interesse oder für andere sich mit den Fragen der Versorgung der Arbeitslosen zu beschäftigen haben.

Trotz des geringen Umfanges von 62 Seiten erfahren wir alles Wichtige über: die Arbeitslosenversicherung, die Krisenfürsorge, die Krankenversicherung, das Unterstützungsverfahren, die öffentliche Fürsorge, die Kurzarbeiterunterstützung, Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit (unter dieser sehr mißverständlichen Kapitelüberschrift werden verstanden: Beihilfen, wie: Reisekosten, Raten für Arbeitsausrüstung oder Anlernzuschüsse), Freiwilliger Arbeitsdienst und Pflichtarbeit. Bei den vielen Änderungen, die immerfort in letzter Zeit eingetreten sind, herrschte die größte Verwirrung welche Bestimmungen denn nun die geltenden waren. Bis zu den jüngsten Neuordnungen auf Grund der Notverordnung vom 14. Juni 1932 sind hier die Bestimmungen zusammengefaßt.

Die meisten, die dieses Heft zur Hand nehmen, insbesondere Arbeitslose, werden mancherlei Anregungen finden, z. B. über das Spruchverfahren. Bei den Spruchausschüssen können Arbeitslose gegen die Entscheidungen des Arbeitsamts Einspruch erheben. Die Verhandlungen der Spruchausschüsse sind öffentlich. Es ist sehr lehrreich, solche Verhandlungen zu besuchen.

Unter dem Kapitel „Kurzarbeiter-Unterstützung“ wird auch die Frage des Krümpersystems behandelt. Die Krümperunterstützung wird auf die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung angerechnet, so daß die Gefahr besteht, daß die Krümperunterstützten in „Versicherung“ und „Krise“ ausgesteuert werden, obwohl sie nur bis zur Hälfte ihren ihnen sonst zustehenden Unterstützungssatz erhalten.

Die Rechte, die der Arbeitslose heute hat, sind sehr bescheiden. Die Kenntnis der Bestimmungen kann ihn jedenfalls dagegen schützen, daß sie ihm durch Unachtsamkeit noch weiter geschmälert werden. Das Büchlein, klar und leichtverständlich geschrieben, kann ihm dabei helfen. Es kostet 40 Pf. für Mitglieder der freien Gewerkschaften 30 Pf.

Anna Grob.

Lebensverhältnisse in der Sowjet-Union.

Rationen, Küchen, Warenhäuser.

Der „Normalpreis“.

Wie wir in dem Aufsatz „Nominal- und Reallohn in der Sowjet-Union“ (in Nr. 197) gesehen haben, bietet der Stand der Preise am freien Markt keine Veranlassung, heute von einer „normalen“, geschweige denn von einer günstigen Lebenslage der russischen Arbeiterschaft zu sprechen. Wenn die Wortführer der offiziellen Sowjet-Meinung trotzdem den Schein erwecken wollen, als ob der russische Proletariat tatsächlich einen normalen Reallohn erhalte, so kann diese Darstellung sich nur an die Tatsache anklammern, daß die Arbeiter und Angestellten mancher rationierten Lebensmittel und manche Leistungen, wie Wohnung und Beleuchtung, zu Preisen erhalten, die man bedingtermaßen, das heißt mit dem übrigen Preisstand verglichen, als „normal“ bezeichnen könnte.

Diese Tatsache bildet allenfalls die innerliche Entschuldigung der Sprecher und Schreiber, die sich einer Schönfärberei in bezug auf die gegenwärtige Lage der Arbeiterschaft in der Sowjet-Union befleißigen. In dem öffentlichen Auftreten vermeiden sie freilich, die erwähnte Tatsache mit Zahlenmaterial zu belegen; denn eine konkrete Darlegung der Verbrauchsverhältnisse würde jeden Versuch einer Schönfärberei ins Lächerliche ziehen.

Wie sehen nun die „Normalpreise“ aus, die als Grundlage für die Beibehaltung des verhältnismäßig wenig veränderten Geldlohnes (durchschnittlich 108 Rubel monatlich) und als Vorwand für das Märchen vom stabilen Rubel dienen? Jene Preise also, die der Staat für die von ihm gelieferten rationierten Lebensmittel und die sonstigen von ihm gebotenen Leistungen berechnet?

Normal bleibt anscheinend (und zwar nach dem Einkommen abgestuft, wie früher) der Stand der *Wohnungsmieten*, wenigstens in bezug auf Althäuser. Wie es mit den Neubauten zur Zeit steht, ist uns unbekannt; 1926—27 waren die Mieten der neugeschaffenen Arbeiterwohnungen, ganz wie in England und Deutschland, für viele Arbeiter unerschwinglich.

Im übrigen bleibt normal der Straßenbahnfahrpreis mit 10 Kopeken und — der Preis der Zeitungen. Was Lebensmittelpreise anbetrifft, so ist schließlich noch der Brotpreis im rationierten Verkehr mit 10 Pfennig für das russische Pfund (400 Gramm) Schwarzbrod als normal anzusprechen, obwohl er das Doppelte des Friedenspreises beträgt. Sonstige Preise — selbst im rationierten Verkehr — sind schon verglichen mit den Geldlöhnen, *Wucherpreise*. Nach einem Bericht von Günther Stein im „Berliner Tageblatt“ vom 2. Juli 1932 zahlten die russischen Arbeiter für die wenigen noch rationierten Lebensmittel folgende Preise:

| | | | |
|----------------------------------|-----------|------------------|-------|
| 1 Kilo Zucker | 0,95 | Rubel (1,90 | Mark) |
| 1 Kilo Fleisch | 1,45 | Rubel (2,90 | Mark) |
| 1 Kilo Grieß | 0,28—0,53 | Rubel (0,56—1,06 | Mark) |
| 1 Liter Sonnenblumenöl | 0,86 | Rubel (1,72 | Mark) |

Die rationierte Versorgung.

Wenn man diese Preise der rationierten Produkte mit den deutschen, gegenüber dem Weltmarkt bereits stark überhöhten Lebensmittelpreisen vergleicht, dann sieht man schon deutlich, welche Kaufkraft der russische Arbeitslohn heute besitzt. Was bekommt man aber zu diesen „Normalpreisen“? Dem erwähnten Bericht im „Berliner Tageblatt“ zufolge erhalten:

| | Arbeiter | Angestellte |
|------------------------------|----------------|---------------|
| Brot, täglich | 800—1000 Gramm | 400—500 Gramm |
| Zucker, monatlich | 1000 Gramm | 800 Gramm |
| Fleisch, monatlich | 2000 Gramm | 1000 Gramm |
| Grieß, monatlich | 2250 Gramm | 1000 Gramm |
| Sonnenblumenöl, monatl. | ¼ Liter | ¼ Liter |

(Dabei sind unter Angestellte Bürokräfte zu verstehen; Ingenieure und Techniker beziehen die gleichen Rationen wie die Arbeiter.)

Unbeschäftigten Familienangehörigen steht eine viel kleinere Ration als den Beschäftigten zu. Den „Stoßbrigadlern“ wird eine bessere Versorgung als den übrigen Arbeitern zu Teil, namentlich in bezug auf Kleider und Stiefel, die gegen besondere Bezugsscheine in den speziellen Warenhäusern, die den meisten Großbetrieben angegliedert sind, zu mehr oder weniger erträglichen Preisen abgegeben werden. Schließlich sei noch bemerkt, daß 150 der wichtigsten Industriebetriebe der Sowjet-Union auf einer besonderen Liste stehen und eine bevorzugte Versorgung genießen, vor allen Dingen rascher als die anderen nicht-bevorzugten Betriebe beliefert werden.

Abgesehen von Brot, fallen die übrigen Rationen der nicht besonders bevorzugten Empfänger für die Ernährung so gut wie gar nicht ins Gewicht; sie sind an und für sich sehr klein; trotzdem stehen sie häufig nur auf dem Papier, das heißt: sie werden Monate lang wegen mangelnder Zufuhren nicht ausgeliefert.

Die Freigabe des Markthandels hat, wie zu erwarten war, die planmäßige staatliche Aufbringung von Fleisch, Milch und Gemüse stark beeinträchtigt. So war zum Beispiel der Plan der Gemüsezufuhr für Juli bis zum 28. Juli in Moskau nur zu 33,8 und in Leningrad nur zu 43,5 Prozent erfüllt („Prawda“ vom 30. Juli 1932). Je höher der Marktpreis, desto größer die Unlust der Bauern (auch der Kollektive), Vorräte zu niedrigen Preisen an den Staat abzuliefern.

Die Arbeiterküchen.

Mit Hilfe der planmäßig aufbrachten Mengen werden in erster Linie die Krankenhäuser, Schulen und Kinderkrippen, alsdann die öffentlichen und Betriebsküchen versorgt. Zur billigen Verteilung für die eigenen Haushalte der Arbeiter kann daher bei dem jetzigen Stand der Aufbringung kaum noch etwas zur Verfügung bleiben.

Zu berücksichtigen ist nun allerdings, daß es einen privaten Haushalt bei den Städtern weitgehend nicht mehr gibt. Man speist mit Kind und Kegel meistens außer dem Hause, in öffentlichen Speiseanstalten, beziehungsweise in den Küchen, die der Arbeitstätte und der Schule angegliedert sind. Nach einem Bericht aus Moskau vom 22. August essen kollektiv: 40 Prozent der Stadtbevölkerung, 70 Prozent aller Arbeiter, 90 Prozent der Arbeiter der führenden Industriezweige („Internationale Presse-Korrespondenz“ Nr. 71, vom 26. August 1932).

Das Essen in den Fabrikküchen (deren Bedarf die landwirtschaftlichen Hilfsbetriebe, wie Kaninchen-, Schweinefarmen u. s. w., in erster Linie decken sollen), ist verhältnismäßig nicht teuer. Ein Mittagessen kostet etwa 1,20 Mark und darüber, was an deutschen Maßstäben gemessen freilich auch nicht billig ist. Dafür ist aber das Menü in der großen Masse der Küchen — es gibt auch läbliche Ausnahmen — sehr eintönig. „Vier Wochen ohne Unterbrechung“ gibt es in der Küche nur „Abschiedssuppe“ — Wasser mit Sauerkohl —, beschwert sich eine Korrespondenz vom Bakaler Bergwerk am Ural in der „Sa Industrialisaziju“ vom 1. No-

vember 1931. Die Qualität der vorwiegend fleisch- und fettlosen Mahlzeiten ist meist schlecht, und die Küchen strotzen häufig von Schmutz. Bisweilen sind die Küchenbesucher gezwungen, das zu benutzende Tafelgeschirr vor dem Gebrauch erst selber zu reinigen.

Mit der Zeit soll es anders werden. Es ist sogar eine Hochschule der Kochkunst eingerichtet worden, damit die gemeinschaftliche Tafel künftig nach

Einstweilen sieht es in den Arbeiterküchen wenig erfreulich aus. Die Verwahrlosung der Küchen hatte solche Formen angenommen, daß man sich veranlaßt sah, die Liquidierung des unhygienischen Zustandes der Speisebetriebe in den führenden Industrien zum 1. Mai dieses Jahres allgemein von Amts wegen vorzuschreiben. Ob dies durchgeführt worden ist? Und wie mag es in den Fabrikküchen der nicht „führenden“ Industrien aussehen? In der „Ekonomitscheskaja Shisn“ vom 3. Juni 1932 lesen wir: „Manche Küchen befinden sich in unhygienischem Zustande, es gibt Schlangengestehen, schlechte Qualität des Essens und Mangel an Kücheninventar.“ Was dieser Inventarmangel bedeutet, sei an einigen Beispielen gezeigt.

Die „Sa Industrialisaziju“ vom 6. Oktober 1931 schreibt, daß es auf der Böttcherei der Zementfabrik „Bolschewik“ in der Küche für eine Belegschaft von 600 Köpfen nur 6 (sechs!) Teller gab. Das bedeutet: *Anstehen!* In einer Korrespondenz aus einem anderen Betriebe hieß es, die Arbeiter müßten viel zu lange warten, bis Löffel und Teller die Runde machen. Sie seien deshalb gezwungen,

Holzspäne statt Löffel, und Zeitungspapier statt Teller zu verwenden. Daß man Kohl in Zeitungen liest, ist nichts Außergewöhnliches, daß man aber Kohl aus Zeitungen isst, das entbehrt gewiß nicht des Reizes der Neuheit!

Beschwerden über das Fehlen von Löffeln sind gang und gäbe. In der „Sa Industrialisaziju“ vom 25. Oktober 1931 las man in einer Korrespondenz aus dem großen Dersinski-Hüttenwerk: „Auf 16000 Arbeiter gibt es nur zwei Küchen, die unglaublich überlastet sind. Der Bau neuer Küchen und der Speisefabrik wird systematisch hintangehalten. Die kleinen Küchen der Betriebsabteilungen, die das Mittagessen von den Hauptküchen des Arbeiterkooperativs erhalten, arbeiten sehr schlecht. Die Arbeiter bleiben häufig ohne Frühstück und Mittagessen. In den meisten Betriebsabteilungen gibt es keine Löffel. Die Qualität des Mittagessens ist unter jeglicher Kritik.“

In der gleichen Korrespondenz heißt es, daß man im Protokoll des diensthabenden Betriebsrats vom 26. zum 27. September 1931 lesen konnte: „Während des Dienstes keinerlei Ereignisse, abgesehen von der Hochofenabteilung, wo die Arbeiter des 3. und 5. Hochofens die Heringe zurückgewiesen haben. Ersatz war nicht vorhanden.“ Tags darauf hieß es wieder: „Während des Dienstes keinerlei Ereignisse. Beim Rundgang durch die Abteilungen wurde über unpünktliche Lohnauszahlung geklagt. Der 5. Hochofen lehnte ab, zum Frühstück Heringe entgegenzunehmen.“

Die geschilderten Zustände ließen sich aus der Sowjet-Presse massenhaft belegen. Selbstredend gibt es auch günstige Schilderungen und mustergültige Küchen. Schließen wir unsere Stichproben aber mit einer Nachricht aus den berühmten Putilow-Werken in Leningrad, die wohl als für die

Dadurch daß der „Stoßbrigadler“, beziehungsweise der Brigadenführer, sagen wir gleichzeitig Stiefel und Anzug erhält, während ein weniger bevorzugter Kollege nur eines von beiden kriegt, glauben die Urheber dieses ausgeklügelten Systems bei den Arbeitern einen Antriebs zu besseren Leistungen zu entwickeln. Erreicht wird aber etwas ganz anderes, nämlich:

Günstlingswirtschaft, Neid und Verärgerung.

Denn es liegt auf der Hand, daß nicht jeder Arbeiter Brigadenführer sein kann und trotzdem den Ehrgeiz hat, die Blöße seines Körpers irgendwie zu bedecken.

Ein paar Beispiele mögen das Gesagte beleuchten. In einer Korrespondenz von dem Nadeshdinski Eisen- und Stahlwerk („Sa Industrialisaziju“ vom 8. Dezember 1931) wird geklagt, daß einige Leiter der Betriebsabteilungen 150 bis 400 Meter Stoff auf ein Mal bekommen hätten. Das technische Personal sei umgangen worden. Dagegen heißt es, daß „Faulenzer und Kulakenelemente“ Bezugsbons bekommen hätten (deren Verteilung ist Sache der Betriebsleiter). Manche Arbeiter erhielten auf ein Mal bis 4 Paar Gummischuhe, die sie auf dem Markt weiterverkauften. In derselben Korrespondenz hieß es übrigens, daß die gelieferten Textilien der Saison entsprächen; vom Schuhzeug dagegen seien 90 Prozent Kinder-, 5 Prozent Damenschuhe und nur 5 Prozent Herrenstiefel. Konfektion (fertige Kleider) und Trikotagen gebe es im Warenhaus überhaupt nicht.

Von einem anderen großen Metallwerk (Dersinski) las man in demselben Blatt am 14. November 1931, daß das dor-

allen Regeln der gastronomischen Wissenschaft bedient werden kann. Die Zubereitung der Mahlzeiten soll mehr und mehr in modern eingerichteten Großbetrieben — „Kochfabriken“ — konzentriert und das Essen von dort aus fertig oder halbfertig auf die einzelnen Speisehallen verteilt werden. Was die Wohltaten der gastronomischen Kunstfertigkeit anbetrifft, so bleibt ihre Auswirkung vorderhand noch bloße Zukunftsperspektive, zumal zur Zubereitung eines guten Essens nicht nur Köche, sondern auch Zutaten gehören.

Die schlichte Gegenwart.

bessergestellten Betriebe typisch gelten kann. Von der mechanischen und Montageabteilung dieser Werke wird in der „Prawda“ vom 28. Juli dieses Jahres geschrieben: „Die Stunde Ruhepause wird in eine 1½stündige Folter verwandelt.“ Das System der Selbstbedienung erfordere, daß man sechsmal Schlange stehen müsse, ehe man erhält: 1. Kassenbon, 2. Löffel, 3. Teller, 4. Brot, 5. Suppe, 6. zweites Gericht. „Hat man all dies beisammen, dann kann man essen, vorausgesetzt, daß man einen freien Platz findet.“

Die „Warenhäuser“.

Zur Abrundung des Bildes von den gegenwärtigen Lebensbedingungen der russischen Arbeiterschaft bleibt noch übrig, einiges über die bevorzugte Belieferung der Industriearbeiter mit Kleidern, Schuhwerk u. s. w. zu sagen.

In dem Bestreben, die Leistung der menschlichen Arbeitskraft zu steigern, verordnete die Regierung im vorigen Jahr die Eröffnung von besonderen Verkaufsläden für Industriewaren für die Belegschaften der wichtigsten Betriebe. Die Läden wurden offiziell mit dem wohlklingenden Namen „Warenhäuser“ getauft; ihre Bestände sollten zu mäßigen Preisen nur an die Angehörigen der betreffenden Betriebe verabfolgt werden.

Der Vertrieb in diesen Warenhäusern war keineswegs als freier Ladenverkauf nach Maßgabe des Geldbeutels gedacht. Vielmehr sollte auch hier das bis zur Verzerrung übersteigerte Prinzip der Leistungsbewertung walten. Das Akkordsystem ist in der Sowjet-Union nicht nur dem Umfange nach ganz abnorm ausgebaut worden (bisweilen bis zum Tippfrülein hinunter, oder hinauf, wenn sie so sagen will), sondern wird in einer Weise angewandt, daß der

Arbeiter niemals im klaren darüber sein kann, was er eigentlich für seine Leistung erhalten wird.

Das Akkordsystem ist in komplizierter Art je nach der Erfüllung, Uebererfüllung oder Nichterfüllung des Planes gestaffelt und ist mit Ersparnisprämien einerseits und Abzügen für Betriebspausen andererseits verbunden (auch für solche, die ohne individuelles Verschulden des Arbeiters eintreten, zum Beispiel infolge von Materialmangel oder unverschuldeten Maschinenschäden). Darüber hinaus tritt noch, je nach der Leistungsbewertung, eine unterschiedliche Behandlung bei der Erteilung des *Rechtes zum Bezug von Industriewaren* in den Arbeiterläden hinzu. Was im Endergebnis verdient wird, läßt sich auf *keine Weise an Hand des Akkordsystems* mehr errechnen, und der

Lohn ist mehr Gegenstand eines Glücksspiels als ein vertraglich festgelegter Anspruch,

insbesondere wenn man noch die häufigen und willkürlichen Änderungen der Leistungsnormen im Akkord berücksichtigt.

Kleider als „gute Zensur“.

tige als mustergültig zu bezeichnende Warenhaus seine Waren folgendermaßen verteilt: Arbeiter bis zur vierten und Angestellte bis zur achten Klasse erhalten das Recht, für 30 Rubel Waren einzukaufen; die sonstigen Arbeiter und Angestellten: für 50 Rubel, Ingenieure und Techniker: für 80 Rubel. Für 30 Rubel erhielt man dort: 1.) 15 Meter Stoff im Werte von 8 bis 9 Rubel, 2.) 1 Paar Stiefel im Werte von 10 bis 13 Rubel, 3.) 1 Paar Gummischuhe für 5,50 Rubel und 4.) 2 Garnituren Wäsche für 6 bis 7 Rubel. Man konnte auch statt dessen für den ganzen Betrag etwa einen Anzug oder einen Mantel erhalten. Die Ware war durchweg von geringerer Qualität, die Stiefel waren zweiter und drifter Güte, die Stoffe: zweiter Güte oder Ausschußware. Unter den 6000 Metern Stoff, die das Warenhaus als Bestand zählte, gab es keinen einzigen Meter Wollware oder Wäschestoff.

Diese Stichproben sind nicht als allgemein gültig zu bewerten, dürften aber für den Zweck der gegenwärtigen Untersuchung genügen. Wir sehen hier Preise, die, obwohl an und für sich immer noch hoch (20 bis 26 Mark für ein Paar Schuhe, die in Deutschland vermutlich für 5 Mark zu haben sind), immerhin unter den dortigen Verhältnissen als lässlich zu betrachten wären. Es ist aber nicht anzunehmen, daß solche Preise — selbst in den privilegierten Warenhäusern — heute noch gelten. Einmal, weil inzwischen die Umsatzsteuer drastisch erhöht worden ist. Ferner, weil die verfügbare Warenmenge mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, Austauschware für den Handel mit dem Dorf zur Verfügung zu stellen, bedeutend geringer geworden ist.

Der Zirkel.

würdiges Arbeiterheim, für eine saubere Baracke geht sehr selten über gute Resolutionen hinaus. Man beobachtet das Bestreben einzelner Funktionäre, die Verantwortung für die schlechte Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Arbeiter wechselseitig von sich auf die anderen abzuwälzen.“ Man ist nach solcher Lektüre zu der Frage berechtigt: Wie mag es dann an weniger beachteten Stellen aussehen, denen kein so großes Interesse von Seiten der Öffentlichkeit zu Teil wird?

Die schlechten Lebensbedingungen der Industriearbeiter sind die Ursache dafür, daß trotz großer Kapitalaufwendungen die Produktion der Industrie, insbesondere der Schwerindustrie, nicht oder wenig steigt. Die Konsumgüter-Industrie wurde in den letztvergangenen Jahren, um den raschen Ausbau der Schwerindustrie zu ermöglichen, vernachlässigt. Infolge dieser Umstände sind die Konsumgüter, die zum Verkauf im Dorf zur Verfügung stehen, knapp und teuer. Infolgedessen wiederum verkaufen die Bauern ihre Produkte auf dem freien Markt sehr teuer. Dies zusammen mit der unzureichenden Belieferung der Industriearbeiter mit industriellen Konsumgütern drückt die Lebensbedingungen der Industriearbeiter herab.

Auf diese Weise ergibt sich ein Zirkel, aus dem zunächst noch kein Ausweg gefunden ist. Ueber die Versuche, die neuerdings zur Lösung dieses schwierigen Problems unternommen worden sind; ist noch keineswegs das letzte Wort gesprochen, und es ist zu befürchten, daß auf der Suche nach einem Ausweg noch manches wenig glückliche Experiment gemacht wird.

B. W.